

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 17.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Samabends. Preis pro Quartal durch die Postbezogen 25 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6088.

Hannover
Samabend, 24. August 1901.

Geschäftsinterrate pro 3 geplatzte Zeile oder deren Raum 25 Pf. für Zahlstellen 15 Pf.
Posten-Annahme 10 Pf. Redaktion:
Schillerstr. 5. Verlag: Nicolastr. 46.

10. Jahrg.

Die Gesundheitsgefährdung der Arbeiter in der chemischen Industrie.

Von Emanuel Wörner.

II.

In den Anlagen zur Fabrikation von Chlor, Chlorkalk und Chlorkali ist es zunächst das giftige, grüngelbe Chlorgas, das äußerst schädlich auf den Organismus wirkt. Es reizt beim Einatmen zum Husten und veranlaßt Entzündung der Augen und der Luftröhre, in stärkerem Maße eingethenet verursacht es Bewußtlosigkeit und Tod. Bei der Chlorkalkbereitung kommt auch noch der ätzende Staub des Kalks und Chlorkalts hinzu. Der Schutz, den das Vorbinden nasser Tücher vor Mund und Nase gegen den beim Umschaueln des Chlorkalts entstehenden Staub und das entweichende Chlorgas gewährt, ist sehr gering; mindestens muß der Respirator Einlagen von Flanell haben, die mit Lösungen von Natrium-sulfat getränkt sind. Dieser Apparat kann aber von den Arbeitern nur wenige Stunden hintereinander ertragen werden, und deshalb ist zu verlangen, daß sie mindestens alle 3—4 Stunden abgelöst werden, ebenso die Arbeiter an der Entwicklungstation von Chlorgas und die beim Abpacken des Chlorkalts beschäftigten. Außerdem gewähren aber die Respiratoren gar keinen ausreichenden Schutz gegen die Einathnung des Chlorgases. Das konstatierte bereits 1897 der Aufsichtsbeamte für Merseburg, indem er schrieb: „Das Chlorgas gehört zu den Gasen, deren völlige Abschließung vom Arbeitsraum mit den größten Schwierigkeiten verknüpft ist, und die auf den Organismus, insbesondere die Atmungsorgane, intensiv einwirken. Hiergegen helfen auch die bisher bekannten Respiratoren nicht ausreichend. In richtiger Erkenntnis der Sachlage werden daher in den hiesigen Chlortfabriken die Arbeiter, welche an der Chloreinigungstation und beim Verpacken von Chlor stehen, nach 3- bis 4-stündiger Arbeitszeit durch andere Arbeiter abgelöst und mit anderen ungefährlichen Arbeiten beschäftigt. Die Chlortfabriken sind solche, bei denen auf eine bestimmte Maximalearbeitszeit an den gefährdeten Stellen Bedacht zu nehmen sein wird.“

Namentlich in älteren Chlortfabriken sind die technischen Einrichtungen sehr mangelhafter Art; auf die Gesundheit der Arbeiter wird gar keine Rücksicht genommen. Die Arbeiter müssen die Chlorkalkkammern betreten, sie entleeren und mit frischem Kalhydrat beschicken. Diese Entleerung geschieht in neueren Fabriken in weit rationellerer Weise, bei der die Arbeiter nicht in die Kämmer einzusteigen brauchen. Es ist aber gerade diese Fabrikation, über welche der badische Gewerberath Dr. Wörishoffer jenen Schmerzensruf aussiebt, den wir im vorigen Artikel mitteilten: „Es sei bis jetzt noch nicht üblich, daß ein im Interesse der Gesundheit der Arbeiter zu beanstandendes, aber weit verbreitetes Verfahren durch ein zur Verfügung stehendes einwandfreies Verfahren ersetzt werden müßt, wenn ziemlich kostspielige Umbauten die Folge hier von sein würden.“

So müssen die Arbeiter dahinsiechen, damit das Kapital größere Gewinne einheimst und nicht kostspielige Umbauten zu machen braucht!

Bei der Herstellung von Kaliumchlorat sind die Arbeiter auch der Explosionsgefahr ausgesetzt, da dieser Körper sich beim Reiben leicht entzündet und dann explodiert; namentlich geschieht dies beim Mahlen des Salzes. In den Wahlräumen sollten daher stets größere Gefäße mit Wasser stehen, in welche die Arbeiter hineinspringen können, um entflammt Kleider abzulöschen; auch müßten sie bei ihrer Arbeit Staub-tücher tragen. Ferner ist zu verlangen: ausreichende Ventilation, möglichst am Dache des Mahlraums; möglichst elektrische Beleuchtung der Arbeitsräume und Verwendung von Kalk oder ähnlichen festen Substanzen als Schmiermittel der Maschinen statt des feuergefährlichen Oels. —

Bei der Schwefelsäurefabrikation sind es namentlich die zur Herstellung erforderlichen, durch Zersetzung von Salpetersäure entstehenden nitrosoen Gase, welche gesundheitsschädlich, ja tödlich wirken. Ihre Gefährlichkeit ist deshalb so groß, weil die Arbeiter immer erst Stunden nach der Einathmung die Folgen spüren und dann meist Hilfe zu spät kommt. Ferner wirkt dampfförmige Schwefelsäure ätzend auf die Schleimhäute der Nase und des Riechlochs, die flüssige verursacht schwer heilende

Brandwunden. Namentlich bei der Reinigung der Bleikantern, in denen sich die durch Verbrennung des Schwefels oder Schwefelkieses erzeugte schweflige Säure mit Hilfe der salpetrigen Säure in Schwefelsäure verwandelt, sind die Arbeiter sehr gefährdet. Zu fordern ist ausreichende Lüftung zur Beseitigung der gasförmigen schwefligen Säure, die sehr giftig wirkt, und der mit dem Wasserdampf in die Luft gelangenden Schwefelsäure sowie vor Allem der Zersetzungprodukte der Salpetersäure, der nitrosen Gase.

In dem Bericht für 1897 forderte der Beamte für Potsdam für Schwefelsäure- und Salpetersäurefabriken einen Arbeitsstag von 10 Stunden ausschließlich zweier Stunden für die Pauses, da es selbst bei voller Durchführung der Vorschriften der Gewerbeordnung unmöglich sei, die Arbeiter vor den schädlichen Dämpfen zu schützen. In den von ihm beobachteten Fabriken kamen auf je 100 Kassenmitglieder in Schwefel- und Salpetersäurefabriken 80 Erkrankungsfälle, bei Pfeifen, Bleikammern und der Konzentration von Schwefelsäure 35. Für die Fabriken zur Darstellung schwefliger Säure hält es der Beamte des Bezirks Merseburg für erwünscht, daß für alle der Einathnung von ätzenden sauren Gasen ausgesetzten Arbeiter ein dreischichtiger Betrieb, also eine achtstündige Arbeitszeit einschließlich Pausen, eingeschürt wird. Als Arbeitsunterbrechung würde mindestens eine einstündige Pause zu fordern sein.“

Auferordentlich giftig wirkt der Chlorschweif und der Schwefelkohlenstoff, durch die nicht allein bei der Herstellung, sondern in noch weit umfangreicherem Maße bei ihrer Verwendung zum Vulkanisieren des Kautschuks die Arbeiter gefährdet werden. Der Schwefelkohlenstoff wird am häufigsten benutzt; er erzeugt zunächst Kopfschmerz und Schwindanfälle, dann Muskelschwäche und schließlich auch Gedächtnisschwäche und Irren, und zwar schon wenn im Liter Luft nur 1 Milligramm Schwefelkohlenstoff vorhanden ist. Es sind daher ganz besonders hohe, sehr geräumige und gut gelüftete Arbeitsräume erforderlich. Da der Schwefelkohlenstoff sehr feuergefährlich ist, muß auch die Entzündungsgefahr berücksichtigt werden. Das Verarbeiten von Schwefelkohlenstoff sollte nur unter gut wirkenden Abzügen vorgenommen werden und die vor diesen stehenden Arbeiter durch Fenster gegen die Dämpfe geschützt sein! Leider ist dies nur selten der Fall!

Namentlich in Gummifabriken sind die Arbeiter durch Einathmen der giftigen Dämpfe arg gefährdet. Deshalb ist z. B. für Berlin seit 1896 die polizeiliche Anordnung getroffen, daß in den Vulkanisier- und Trockenräumen jugendliche Arbeiter überhaupt nicht, Arbeiterinnen höchstens bis zu 1½, und erwachsene männliche Arbeiter höchstens bis zu 2 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. In der übrigen Zeit, bis zu 10 Stunden täglich, werden die Arbeiter mit anderen Arbeiten betraut. Die Maßregel hat guten Erfolg gehabt und eine reich gesetzliche Einführung derselben ist 1897 vom Berliner Aufsichtsbeamten befohlen worden. Er weist auch auf die in England seit 1. Juni 1898 geltenden Vorschriften hin: Dort darf keine Person innerhalb 24 Stunden länger als 5 Stunden und ohne Unterbrechung von mindestens einstündigem Dauer höchstens während 2½ Stunden in einem Raum beschäftigt werden, in dem Schwefelkohlenstoff verwendet wird. Die Freigabe von täglich 5 Stunden mit einstündiger Pause scheint dem Berliner Beamten für diese ungesunde Arbeit das höchst Zulässige zu sein“.

In Frankreich dürfen seit 1893 in Vulkanisieranstalten jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren und Frauen und Mädchen nicht beschäftigt werden. In Belgien bestimmt eine Verordnung von 1895, daß in Vulkanisieranstalten die Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren ganz verboten ist und Frauen und Mädchen über 16 Jahre nicht länger als 5 Stunden täglich, und zwar 2½ Stunden Morgens und 2½ Stunden Nachmittags, beschäftigt werden dürfen.

Im deutschen Reich fehlt es noch immer an einer einheitlichen Bestimmung; es bestehen nur meist unzureichende Polizei-Verordnungen und auch diese nicht einmal in allen den Orten, in denen es nötig wäre. Dabei konstatieren die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten wiederholt, daß eine Ver-

kürzung der Arbeitszeit von bestem Erfolge und leicht durchführbar ist. So wurde 1896 auf Grund polizeilicher Verfügung in einer Fabrik zu Neuwiedensee die 2 stündige tägliche Maximalarbeitszeit für Männer und die 1½ stündige für Frauen und Mädchen eingeführt; die Gesamtarbeitszeit beträgt pro Tag 10 Stunden. Ähnliche Forderungen stellten die Beamten für Köln, Leipzig, Oberbayern auf. Der Kölner Beamte fordert ferner, daß auf Grund der §§ 120 a und c der Gewerbeordnung von den Aufsichtsbeamten verlangt werden: 1. Zweckmäßige mechanische Ventilation der Arbeitsplätze und Arbeitsräume; 2. Möglichstes Bedekthalten der Geschäfte mit Benzin bezw. Chlorschweif und Schwefelkohlenstoff; 3. Verbot des Betretens der Trockenräume, in welche die vulkanisierten Stoffe mechanisch hinein und heraus zu befördern sind; 4. Absauge-Vorrichtungen an den Streichmaschinen für wasserdicke Stoffe; 5. unentgeltliche Verabreichung von guter Milch an die Arbeiter; 6. ausreichende Wasch- und Badegelegenheit; 7. Umkleide- und Speiseraume; 8. Verbot der Verwendung Jugendlicher; 9. monatliche Untersuchung durch den Arzt, der befugt und verpflichtet sein soll, körperlich ungeeigneten Arbeitern das Vulkanisiren zu untersagen; 10. Führung eines Buches über die stattgehabten Untersuchungen.

Die meisten dieser Forderungen sind in der Mehrzahl der Gummifabriken bis heute noch nicht erfüllt, obwohl diese Industrie zu den rentabelsten gehört und 20—30 Prozent Dividenden abwirft.

Wie gesundheitsfördernd die Arbeit mit Schwefelkohlenstoff wirkt, konstatierte 1897 der Beamte für Hildesheim. Dort erkrankten in der Gummifabrik 29 Prozent der Arbeiter mit je 13 Tagen und 47 Prozent der Arbeiterinnen mit je 12 Tagen. Der Beamte bemühte sich, eine bessere Lüftung der Arbeitsräume zu erreichen — die Direktion aber verhielt sich ablehnend!

Neuerdings kam eine Erkrankung durch Schwefelkohlenstoff - Vergiftung auch in einer elektrischen Fabrik zu Berlin vor, wo ein Arbeiter mit der Auflösung einer Isolirmasse in Schwefelkohlenstoff und mit Eintauchen von Holzstücken in diese Lösung beschäftigt war. Entlüftungsvorrichtungen wurden daraufhin angeordnet.

In den großen Gummifabriken zu Hannover und zu Harburg sind aber die gesundheitlichen Schutzmaßnahmen noch immer sehr unzureichend. Da die Gewerbe-Aufsichtsbeamten jener Bezirke recht wenig über die dort herrschenden Missstände berichten, ist es um so mehr Aufgabe der Arbeiter, auf dieselben hinzuweisen, denn nur dadurch, daß sie an die große Glocke gehängt werden, ist eine Besserung zu erreichen!

Die Wahl der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsaamt.

Die ursprünglich für den 15. September d. J. in Aussicht genommenen Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsaamt finden bereits in diesen Tagen statt. Das Mandat der jetzigen Vertreter läuft mit dem 31. Dezember d. J. ab.

Zu wählen sind von den Versicherten:

Für die Gewerbe: Zwei nichtständige Mitglieder und 8 Stellvertreter.

Für die Landwirtschaft: Zwei nichtständige Mitglieder und 48 Stellvertreter.

Für den Seemannsberuf: Zwei nichtständige Mitglieder und 4 Stellvertreter.

Die Wahlen sind von den Beisitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu vollziehen und zwar wählen die Beisitzer für Gewerbe, für Landwirtschaft und für den Seemannsberuf die respektiven Vertreter. Die Stimmen der Beisitzer werden nicht einfach gezählt, sondern sie entsprechen der Zahl der Versicherten im Bezirk der Landesversicherungsanstalt. Die Versicherungsanstalt Berlin hat z. B. 45624 Versicherte und 48 Schiedsgerichtsbeisitzer. Es entfallen somit auf jeden Beisitzer dieser Anstalt 10058 Stimmen. Die Landesversicherungsanstalt Thüringen zählt 295935 Versicherte und hat in den dreizehn Schiedsgerichten 286 Beisitzer, so daß jeder Beisitzer 1034 Stimmen hat.

Das Schiedsgericht verzweigt die Stimmen an die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Diese haben die Namen derjenigen, welche sie wählen wollen, in den amtlichen Stimmzetteln einzutragen und diesen in dem beigelegten Konserven dem Reichsversicherungsaamt wieder zuzuführen. Die Wahlhandlung soll sich zwar auf einen längeren Zeitraum (etwa 4 Wochen) erstrecken; jedoch ist es wichtig, daß die Stimmzettel unverzüglich ausgefüllt und an das Reichsversicherungsaamt wieder zurückgesandt werden.

Unter den gewerkschaftlich organisierten Beisitzern der Schiedsgerichte, sowie unter den Vertretern der Gewerkschaften

haben Verhandlungen über geeignete Kandidaten für das Amt eines Vertreters im Reichsversicherungssamt stattgefunden und sind die folgenden Kandidatenlisten aufgestellt:

a) Für die Versicherer in den Gewerben:

Als erstes nichtständiges Mitglied:
Karl Gutheit, Schlosser, Berlin, Wiesenstraße 27.

Als Stellvertreter:

- August Dachse, Maurer, Berlin, Pfugstrasse 17.
- Wilhelm Goethausen, Eisendreher, Düsseldorf, Gütersstraße 156.
- Hermann Brosig, Tischler, Breslau, Sonnenstraße 26.
- Konrad Wendler, Buchdrucker, Stuttgart, Militärstraße 56.
- Georg Seitz, Dreher, München, Ganghoferstraße 15.
- Eugen Simonovits, Maurer, Berlin, Hochstraße 46.
- Richard Jacob, Lagerist, Gersdorf-Böwidau 143a.
- Ferdinand Niel, Töpfer, Hannover, Peterstraße 41.
- Ernst Brücke, Knappelschäftsältester, Oberhausen, Körnerstraße.
- G. Sellen, Zimmerer, Danzig, Al. Bädergasse 6.
- Heinrich Bürger, Buchhalter, Hamburg, Wolmannstraße 24.
- Otto Müller, Buchdrucker, Frankfurt a. M., Sonnenburgerstraße 59.
- Heinrich Erdmann, Zimmerer, Schwerin i. M., Hindenbusch 12.
- Verein, Schlosser, Königsberg i. Pr., Neugarten-Kirchenberg 8.
- W. Podapp, Brauer, Weißensee b. Berlin, Börneckestraße 13.
- Johann Plaß, Klaviermacher, Karlsruhe, Adlerstraße 34.
- Germanus Rudolf, Lithograph, Nürnberg, Richard-Wagnerstraße 16.
- Georg Häppich, Formier, Steinen-Bredow, Gustav-Adolfstraße 6.
- Wilhelm Euse, Weber, Neugersdorf, Kreishauptmannschaft Bautzen.
- Louis Jacobson, Maler, Berlin, Gürtelstraße 32.
- Karl Bamberg, Installateur, Köln, Alte Wallstraße 43.
- Julius Weise, Mechaniker, Breslau, Matthiasstraße 110.
- Karl Neuber, Tischler, Ohligs b. Solingen, Habsburgerstraße.
- Wilhelm Dammer, Drechsler, Lübeck, Wijstraße 27.

Als zweites nichtständiges Mitglied:
Julius Gräfendorf, Löpfer, Dresden-Trachau, Leipzigerstraße 20.

Als Stellvertreter:

- Friedrich Stügelmaier, Tischler, Berlin, Grimmstraße 27.
- Karl Reiffert, Formier, Hannover, Füsslistraße 4a.
- Alvin Winter, Zigarettenmischer, Magdeburg, Joachimsthalerstraße 12.
- Robert Straube, Schmied, Chemnitz, Sonnenstraße 50.
- Eduard Riedel, Buchdrucker, Leipzig-Sellerhausen, Goldschmidtstraße 22.
- Germanus Fischer, Weber, Gera, Kallmertstraße 16.
- G. Lewin, Zimmerer, Kiel, Jungmannstraße 68.
- Karl Dröniger, Tischler, München, Zieblandstraße 17, 3. Et.
- Johann Meckel, Maurer, Nürnberg, Osanderstraße 11.
- J. Götschel, Bergmann, Hausham, Oberbayern.
- Johann Zelich, Fabrikarbeiter, Mainz, Stephanstraße 17a.
- Paul Beschorn, Goldarbeiter, Pforzheim, Oberstraße 14.
- Christian Hill, Zimmerer, Eisenach, Ehrensteig 72.
- Bernhard Hoff, Buchdrucker, Berlin, Blumenstraße 61.
- August Untermayr, Goldarbeiter, Hanau, Schönstraße.
- August Holzad, Maurer, Braunschweig, Wölfestraße 58.
- Rudolf Strefe, Mechaniker, Leipzig-Connewitz, Langestraße 5.
- G. Böttcher, Zimmerer, Hamburg, Schumannstraße 33.
- Wilhelm Trompeter, Steinmetz, Frankfurt a. M., im Gewerbehaus.
- Franz Mohr, Transportgewerbe-Arbeiter, Riga, Rigastraße 10.
- Karl Hanisch, Steinmetz, Neu-Weißensee, Friedrichstraße 12.
- Johann Peter Hartung, Buchdrucker, Trier, Deutschstraße 28.
- Franz Richter, Formier, Chemnitz, Spitzstraße 2.
- Franz Holziger, Metallarbeiter, Reutlingen, bei Julius Göppinger, Lederrichter.

b) Für die Berufssherden in der Landwirtschaft:

Als erstes nichtständiges Mitglied:
Joseph Roth, Fischerei, Wittenberg bei Berlin.

Als Stellvertreter:

- Christian Bleich, Holzhauer in Reichenburg (Württemberg).
- Anton Bruns, Landarbeiter in Barel.
- Germanus Richter, Landarbeiter in Bödendorf bei Bingen.
- Geobach, Arbeiter in Görlitz in Böhmen.
- Theodor Wagnerhaus, Feinmechaniker in Bremen, Friedensstraße 19.
- Heinrich Platz, Landarbeiter in Zweibrücken, Gießen, Darmstadt.
- Alfred Blasenbarg, Landarbeiter in Breslau, Bremke.
- Heinrich Winkel, Gemüsebau in Lörrach, Kreis Breisgau.
- Georg Schäfer, Landarbeiter in Rosenheim, Bezirk Bogen.
- Paul Kirsch, Landarbeiter in München, Landsbergerstraße 142.
- Georg Eitzen Zehmeyer, Goldarbeiter in Gibenstedt.
- Georgius Glasmacher, Zimmereiarbeiter in Stuttgart-Böckingen, Böckingerstraße.
- Franz Löw, Schuster, Görlitz in Böhmen.
- Geobach Regel, Goldarbeiter in Speyer, Kreis Würzburg.
- Georg Würz, Landarbeiter in Bensheim-Bürgstadt.
- August Ritter, Schäfer in Hamburg, Elisenstraße 30.
- Wilhelm Jäger, Landarbeiter in Großostheim bei Barel.
- August Ritter, Schäfer in Bremen, Spitzstraße 24.
- Alfred Glitz, Schäfer in Bremen-Großostheim bei Barel.

23. Wilhelm Roggau, Landarbeiter in Klein-Reintzen, dorf, Kreis Randow.

24. Heinrich Bütemann, Fahrlnecht in Langelsheim, Braunschweig.

Als zweites nichtständiges Mitglied:

Joseph Lutz, Holzrichter, Riesen bei Pforzheim.

Als Stellvertreter:

- Friedrich Lubwig, Kieselwärter in Warenberg bei Berlin.
- Heinrich Wedde, Fuhrknecht in Langelsheim (Braunschweig).
- Karl Weißner, Waldbauer in Kloßsche bei Dresden.
- Adolf Dörre, Landarbeiter in Rönstadt (Hessen).
- Christian Rieke, Arbeiter in Magdeburg, Immendorff 7.
- Friedrich Vornemann, Antscher in Göttingen, Lange Strasse 61.
- H. Böschauer, Schäfer in Gorbach in Waldenburg.
- Johann Garbes, Landarbeiter in Dangastermoor bei Barel.
- Paul, Arbeiter in Schleswig, Amalienstraße.
- Jürgen Wiegmann, Forstarbeiter in Uelzen, Bergstraße 2.
- G. Schmid, Arbeiter in Grebenstein, Kreis Hofgeismar.
- Friedrich Reicker, Forstarbeiter in Stuttgart-Karlsstadt.
- G. Rieck, Gärtner in Lübeck, Israelstorfer Allee 24.
- Friedrich Hahn, Landarbeiter in Sonnenborn (Gotha).
- Heinrich Schneekom, Gärtner in Blankenburg am Harz.
- Heller, Gärtner in Dresden, Schnorrstraße 51.
- Heinrich Greinke, Kieselwärter in Wittenberg bei Berlin.
- Heinrich Köch, Landarbeiter in Thiede bei Braunschweig.
- Wilhelm König, Arbeiter in Uelzen, Hambroderstraße 6.
- Germanus Raffow, Arbeiter in Magdeburg, Horsdorferstraße 4.
- Weder, Gärtner in Strehlen-Dresden.
- August Bomberg, Landarbeiter in Langelsheim (Braunschweig).
- Paul Staude, Gärtner in Larbergast, Leimbachstraße 9.
- Peter Holt, Gärtner in Solmar im Elbe, Schädelgasse 11.

c) Für die Versicherer im Seemannsberufe:

Als erstes nichtständiges Mitglied:
Paul Müller, früher Matrose, jetzt Verwaltungsbamter, Hamburg, St. Pauli, Hafenstr. 116, 1. Et.

Als Stellvertreter:

- Reinh. Müller, früher Matrose, jetzt Bureaumitarbeiter, Stettin, St. Oberle. 10, part.
- H. Waad, früher Schiffsmach, jetzt Verwaltungsbamter, Flensburg, Schiffbrücke 61, part.

Als zweites nichtständiges Mitglied:
Albert Störmer, früher Kapitän, jetzt Bureaumitarbeiter, Altona, Friedenstr. 34, 1. Et.

Als Stellvertreter:

- Georg Gärtner, früher Seizer, jetzt Verwaltungsbamter, Bremen, Korsfdeich 1 f.
- Konrad Engels, früher Matrose, jetzt Werftarbeiter, Lübeck, Paulistr. 17 a.

Diese Kandidatenlisten sind mit einem entsprechenden Anschreiben an die Beiräte der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung gesandt worden.

Wir erläutern die Beiräte nun mehr dringend, den von den organisierten Arbeitern in Vorschlag Gebrachten ihre Stimme zu geben und die in den Listen enthaltenen Namen in den Stimmzettel, welchen sie vom Reichsversicherungssamt erhalten haben, einzutragen. Die für die Gewerbe vorgeschlagenen Kandidaten haben zum Theil schon als Vertreter im Reichsversicherungssamt oder in ähnlichen Stellen und im Allgemeinen den Beweis geliefert, daß sie die Interessen der Versicherer mit Energie und Umficht zu vertreten gewillt sind und vertreten haben.

Bei den gewerkschaftlich organisierten Beiräten der Schiedsgerichte seien wir ohne Weiteres voraus, daß sie nur den vorstehend genannten ihre Stimme geben. Damit ist aber nicht genug gethem. Die Beiräte müssen es sich zur Aufgabe machen, daß für zu sorgen, daß auch ihre Kollegen, welche den gewerkschaftlichen Organisationen fernstehen, das Gleiche thun. Sie müssen diese Kollegen persönlich anstreben, und sie ebenso aufrichtig machen, daß sie sich selbst und den gemeinsamen Beiräten einen Dienst erweisen, wenn sie den von der Arbeiterschaft vorgeschlagenen Kandidaten ihre Stimme geben.

Wenn die organisierten Beiräte ihre Pflicht erfüllen, wenn ferner auch seitens der Gewerkschaftspartei der Sozialdemokratischen Partei gewidmet wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die genannten als Vertreter der Arbeiter ins Reichsversicherungssamt gewählt werden.

Für die Landwirtschaft sind bisher die Vertreter im Reichsversicherungssamt von den Landeszentralverbänden ernannt worden. Es ist das erste Mal, daß hier eine Wahl dar ist die Berufssherden resp. deren Vertreter stattfindet.

Auch die aus der Landwirtschaft in Vorschlag Gebrachten werden die Eigenschaften aufweisen, welche die Berufssherden von ihren Vertretern zu fordern berechtigt sind. Es muß also auch hier bestrengt werden, daß die der Landwirtschaft angehörenden Beiräte der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung den in Vorschlag Gebrachten ihre Stimme geben.

Wir glauben die bestimzte Erwartung auszusprechen zu können, daß in den nächsten Tagen alle Beiräte in ausreichendem Maße ihre Pflicht ihm und im Interesse der gemeinsamen Arbeiterschaft dahin wirken, daß die in den vorgeschlagenen Kandidaten die geeigneten Vertreter im Reichsversicherungssamt erhält.

Hamburg, den 21. August 1901.

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.
S. Begemann

Die Arbeiter und der Zolltarif.

Der Zolltarif beschäftigt seit Wochen die öffentliche Meinung in Deutschland. Was längst befürchtet wurde, ist durch Bekanntgabe des Tarifs bestätigt. Der Tarifentwurf beläuft das wertlose Volk in gewaltigem Maße und erschwert den Abschluß von Handelsverträgen mit auswärtigen Staaten; durch letzteren Umstand wird vor allem die Exportindustrie betroffen, natürlich auch die darin beschäftigten Arbeiter. Sie kommen zwischen zwei Feuer: der Lebensmittelversorgung und der verschleierten Arbeitsgelegenheit. Wie die Arbeiter durch die landwirtschaftlichen Zölle geschützt werden sollen, möge folgende Übersicht beweisen.

	Entnahmefrist M.	Bestehender Vertrag M.
Per Doppelzolltarif:		
Weizen	6,50	3,50
Holzgut	5,-	2,-
Getreide	2,-	2,80
Hafer	5,-	3,60
Salz und Getreide	6,25	
Per Stück:		
Stiere und Kühe	25,-	9,-
Jungvieh	15,-	5,-
Schweine	10,-	frei
Gänse	70,-	
Per Doppelzolltarif:		
Schweinesleisch	10,-	5,-
Blätterfleisch und Speier	30,-	15,- bis 17,-
Wurst	3,-	2,-
Bratwurst	45,-	10,- bis 20,-
Bratfleisch	30,-	20,-
Bratfleisch ganz feinster Qualität	75,-	60,-
Schmalz	12,50	frei

Zollerhöhungen von 20 bis 50, 100 und 300 Prozent. Das Brotgetreide, Weizen und Holzgut, soll um nahezu 100 Prozent höheren Zölles belastet werden! Und im Tarifgesetz wird dazu bestimmt, daß bei den Hauptgetreidenarten die Zölle durch Handelsverträge nicht unter gewisse Beträge, und zwar bei Holzgut nicht unter 5 M., bei Weizen nicht unter 5,50 M., bei Getreide nicht unter 3 M. und bei Hafer nicht unter 5 M. herabgesetzt werden, also Minimalkaufsätze von 5 bis 5,50 M. für das Brotgetreide.

Diese Zollpolitik hat sich das Ziel gestellt, den Agrariern, einer Hand voll Großgrundbesitzern, auf Kosten der befreilosten und wenig besitzenden Massen materielle Riesenvorteile in die Tasche zu treiben, sie bedienen vor allem eine Verhinderung der Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer Familien. Die Möglichkeit, diese Verhinderung durch Erhöhung des Arbeitseinkommens, Aufbesserung der Nahrung, auszugleichen, ist in Folge des wirtschaftlichen Niederganges in weite Ferne gerückt. In der Ausbeutung des Arbeiters, welcher er als Lohnklasse aufgefaßt ist, soll nun auch noch eine weit schärfere als bislang üblich gewesene Ausbeutung seines Verbrauches treten. Schloßbarone und Kratzen unter leihen ihm, unter Missitz des Staates, zusammen Schätzkoppe an. Dagegen muß das arbeitende Volk in Feld und Schacht, in Stadt und Land sich wehren. Der Versuch, die Hauptnahrungsmittel der Arbeiter mit geradezu fabelhaften Zöllen zu belegen, dadurch der deutschen Industrie den ausländischen Markt zu verschließen, muß energisch bekämpft werden.

Da zahliosen Zöllen haben die Deutschen Arbeiterrinnen und Arbeiter gegen diese Art Politik protestiert. Den Protesten müssen Thaten folgen! Die politische Organisation der deutschen Arbeiter, die sozialdemokratische Partei, hat einen Beschlusssturm auf den Reichstag vorbereitet. An diesem Sturm sich zu beteiligen, ist Pflicht unserer Kollegen und Kolleginnen.

Es liegt an Ihnen, die Beschlussbogen zu unterschreiben, jeder Kollege und jede Kollegin ist dazu berechtigt. Es gilt, Unterschriften zu sammeln, daher soll und muß sich jeder Kollege auf Anrufen der örtlichen Parteidorganisationen zum Mitarbeiten bereit halten.

Es ist abzumahnen die Verhinderung des Brotes, abzuschlagen die Verhinderung von Handelsverträgen!

Es gilt für Brot und Arbeit! Wer wollte da los, wer wollte und könnte lässig sein, Nieder mit dem Brotmutter!

Die Streiks im Jahre 1900.

Die Generalkommission veröffentlichte im "Correspondenzblatt" die von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden geführte Streisstatistik. Darnach sind im Jahre 1900 in 45 Verfahren 852 Streiks mit 115 711 Beteiligten geführt worden, die einen Kostenaufwand von 2 936 030 M. verursachten. Einige Gewerkschaften haben außerdem noch kleinere Bahnbewegungen und Sperrern gemeldet, haben aber brauchbare Angaben für die tatsächliche Zusammenstellung nicht gemacht. Unter Einschätzung dieser Streiks würde sich die Gesamtzahl auf 934 und die der Beteiligten Personen auf 116 214 erhöhen.

Unter den 116 711 Streikenden befinden sich 4270 weibliche Personen. Die 852 Streiks dauerten 22 988 Tage, einschließlich der Sonntags und Feiertage, so daß auf jedem Streik durchschnittlich 27 Tage entfallen. Von den Streiks waren 375 = 44,1 Proz. erfolgreich, 215 = 25,3 Proz. teilweise erfolgreich und 217 = 25,5 Proz. erfolglos, während für 21 der Ausgang nicht bekannt ist und 19 am 1. Januar 1901 noch nicht beendet waren.

Gegenüber dem Vorjahr hat das Werkblatt an Angriffszeit der Arbeiter geändert. Im Jahre 1899 waren 53,7 Proz. der Streiks erfolgreich und nur 21,8 Proz. erfolglos. Da die Organisationsverhältnisse im letzten Jahre nicht ungünstiger geworden sind, so dürfte der geringere Erfolg bereits als eine Wirkung der sich verschlechternden wirtschaftlichen Stimmung anzusehen sein.

Es ist der Versuch gemacht, auch den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst der Streikenden hinzufüllen, jedoch ist dies nur für wenig über die Hälfte (von 116 711 für 62 239) der Streikenden und für 808 von 852 Streiks möglich gewesen. Die Möglichkeit einer solchen Hinzufüllung ist bei der Art der Zählung der Statistik gegeben. Die Streikleiter haben versucht, jeden Streikenden in die nach einheitlichem Schema hergestellte Liste einzutragen. Die Zahl der auf jeden Einzelnen entfallenden Streiks ergibt sich ohne Weiteres aus der Liste. Da weiter und der Tag, welchen der Streikende bei Abschluß des Streiks schließt, in der Liste verzeichnet werden soll, so kann der Gesamtverlust an Arbeitszeit durch ein einfaches Rechnen ermittelt werden. Da die Zählung der Streikzeit nicht sehr genau festgestellt werden kann, so ist es bei der Kenntnis der Soße erklärlich, daß einzelne Lücken bleiben, die später nach Beendigung des Streiks nicht mehr ausgefüllt werden können.

Im Jahre 1900 wurden 444 Streiks geführt, um eine Zählung, oder Verkürzung der Arbeitszeit und Bahnverhältnisse durchzuführen. In diesen Streiks waren 80 331 Personen beteiligt. Der Durchschnitt entfällt bei den Angriffsstreiks

22 Ml. Streitunterstützung auf jeden Streitenden. Für diesen, ist welche der Verlust am Arbeitsverdienst festgestellt ist, entfallen pro Kopf 70 Ml. Angenommen dieses Verhältnis wäre bei allen an den genannten Streits Beteiligten das gleiche, so würde für diese an Streitunterstützung und Verlust am Arbeitsverdienst 7 330 452 Ml. zu berechnen sein. Von den um Lohnherhöhung und Arbeitszeitverkürzung Beteiligten hätten 24 787 vollen und 32 611 teilweise Erfolg. Eine ergänzte Lohnherhöhung von durchschnittlich 250 Ml. pro Woche würde einen Mehrlohn von 7 450 240 Ml. im Jahr ergeben. Das Anlagekapital, welches die Arbeiter bei den Streiks verwenden vermag ist also recht gut. Hierzu kommt aber die große Zahl von Fällen, in welchen die Streitaufrührung genötigt war, um die Unternehmer zur Übereinkunft der gestellten Forderungen zu bewegen.

Die größte Zahl der Streiks hatten die Maurer zu führen. In diesem Gewerbe wurden 157 Streiks geplant. Daraus folgen die Holzarbeiter mit 113 und die Metallarbeiter mit 100 Streiks. Die größte Zahl der beteiligten Personen hatten die Holzarbeiter mit 17 435, dann folgen die Bergarbeiter mit 16 620, arbeiter mit 15 261, die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit 12 467. Die Metallarbeiter mit 10 823 und die Schneider mit 5054 Beteiligten. Unsere Organisation mit 3671 Befürwortern. Die geringste Zahl mit 9 Streitenden, hatten die Gemeinde.

Von den 852 Streiks waren 514 oder 60,3 Proz. Angriffsstreiks und 338 oder 29,7 Proz. Abwehrstreiks. Nach der Übersicht über die Streitbewegung in den 11 Jahren von 1890 bis 1900 weisen die Jahre zügigerer Wirtschaftskonjunktur eine größere Zahl Abwehr- als Angriffsstreiks auf. Es wäre aber voreilig anzunehmen, daß das Jahr 1900 ein glänzendes gewesen sei als 1899, weil im letzten nur 55,5 Proz. aller Streiks Angriffsstreiks waren. Es tritt wohl hier die typische Erholung zu Tage, wie in den Jahren 1890 und 1891, in welchen die wirtschaftliche Depression begann und doch 65 Proz. aller Streiks Angriffsstreiks waren. Es fällt also die größte Zahl der Angriffsstreiks nicht mit dem Höhepunkt der günstigen Konjunktur zusammen. Im Gegentheil, es wird anzunehmen sein, daß die Unternehmer in dieser Periode sich nachdrücklicher erneut zu einem Streik zusammen lassen, während sie beim Abschluß der Konjunktur sich ablassender gegenüber den gestellten Forderungen verhalten. Der wirtschaftliche Niedergang zeigt sich vielleicht auch deutlicher in der Streitbewegung an dem Ausgang des Angriffsstreiks, als an der Zahl dieser Streiks. Während 1899 56,6 Proz. derselben erfolgreich waren, erzielten 1900 nur 46,1 Proz. mit vollem Erfolge. Auch die Jahre 1890 und 1891 wiesen einen geringen Prozentzog (36,7) erfolgreichem Angriffsstreiks aus.

In den Angriffsstreiks waren 86 786 Personen = 75 Proz. aller Streitenden beteiligt. Die Streiks dauerten insgesamt 14 074 Tage und erforderten 1 946 833 Mt. Ausgabe. Von den um Verkürzung der Arbeitszeit geführten Streiks waren 68,7 Proz. erfolgreich, von den um Lohnherhöhung geführten 46,6 Proz. Insgesamt hatten von den 86 786 an den Angriffsstreiks Beteiligten 27 566 = 31,5 Proz. vollen und 33 088 = 38 Proz. teilweise Erfolg zu verzeichnen.

Angriffsstreiks wurden 333 mit 28 925 Beteiligten, 8914-tägiger Dauer und 975 841 Mt. Kosten gezeigt. Darunter waren nicht weniger als 46 Aussperrungen mit 14 630 Beteiligten. In 15 Fällen wurde von den Arbeitern Austritt aus der Organisation gefordert, und 78 Streiks wurden durch Wahlregelungen hervorgerufen. Von den Aussperrungen erfolgten 4 wegen Feinds am 1. Mai. In diese durch die Unternehmer willentlich hervorgerufenen Arbeitsverhinderungen waren nicht weniger als 21 569 Personen beteiligt, das sind 74,5 Proz. aller an Angriffsstreiks Beteiligten. Von den Abwehrstreiks waren 138 = 40,3 Proz. erfolgreich, 54 = 16 Proz. teilweise erfolgreich und 120 = 35,5 Proz. erfolglos. Auch in das verflossene Jahr ergiebt sich also, daß die Abwehrstreiks einen geringeren Erfolg als die Angriffsstreiks haben. Die größten Prozentsatz bezüglich des Erfolges weisen die Streiks auf, welche eine Verlängerung der Arbeitszeit abwenden sollten. Von diesen waren 63,6 Proz. erfolgreich, während von den zur Abwehr einer Punktverkürzung geführten Streiks 45 Proz. bei den wegen Wahlregelungen hervorgerufenen 37,2 Proz. und bei den wegen des Raubes des Koalitionsreiches geführten Streiks nur 20 Proz. erfolgreich waren. Vollen Erfolg hatten bei den Abwehrstreiks 9702 = 33,5 Proz. der Beteiligten, teilweise Erfolg aber nur 4420 = 15,3 Proz. der Beteiligten. Bei den wegen Wahlregelung geführten Streiks hatten von 6048 Beteiligten nur 1079 = 17,8 Proz. vollen Erfolg.

Aus diesen Ziffern geht als neue hervor, daß sehr genau erwogen werden muß, ob bei einer Wahlregelung zum Streit gegreift werden soll. Wenn nicht zu befürchten ist, daß infolge einer Wahlregelung zu deren Abwehr nicht in einen Streit eingetreten wird, eine Verschlechterung der allgemeinen Position der Arbeiter eintreten, dann ist es zweckmäßiger, die Kräfte zu sparen und zu gelegentlicher Zeit dem Unternehmer Achtung vor der Organisation beizubringen.

In den 823 Streitenden, welche von Streiks betroffen wurden, waren 131 740 männliche und 6201 weibliche, zusammen 137 941 Arbeiter beschäftigt, von denen 111 441 männliche und 4270 weibliche Befürwortete die Arbeit einzeln resp. an den Streiks beteiligt waren. Von den Streitenden gehörten 71 293 männliche und 2651 weibliche, zusammen 73 944 ihrer Gewerkschaftsorganisation an. Davon waren jedoch nur 36 703 (35 654 männl. u. 1058 weibl.) 6 Monate vor Beginn des Streiks organisiert. Es waren also von den 115 711 Streitenden 41 767 unorganisiert und 79 008 waren bei Beginn des Streiks noch nicht sechs Monate durch die Organisation geschult und zur Solidarität erzogen. Dieses ungünstige Verhältnis dürfte nicht nur für den Erfolg der Streiks nachtheilig sein, sondern vielfach auch Veranlassung dazu geben, daß der Unternehmer, in der Hoffnung, die Unzorganisierten würden nicht mit streiken, eine gäuleiche Einigung mit den Arbeitern von der Hand weist.

Die Ausgaben, welche zur Streitförderung erforderlich waren, wurden im letzten Jahre zum größten Theile von den Gewerkschaften aus ihren Ressorten geleistet. Von der Gesamtausgabe von 2 996 080 Mt. kamen 2 487 852 Mt. aus der Verbandskasse, 282 932 Mt. aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder, 160 086 Mark aus Sammlungen, 59 607 Mt. von anderen Gewerkschaften und 5800 Mt. aus dem Auslande. Es wurden demnach 84,4 Proz. der Ausgaben aus den Verbandskassen gedeckt. Es ist der höchste Prozentsatz, der bisher erreicht wurde. Durchschnittlich kamen von 1890 bis 1900 von den Mitteln für die Streiks die Streiks kosteten, 8 653 778 Mt. aus den Verbandskassen.

Die amtliche Streitstatistik ist in diesem Jahre weit seltener abgeschlossen als im Vorjahr und liegt bereits vor. Geringe allgemeine Zahlen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Streitstatistik mögen hier einander gegenüber gestellt werden.

Die amtliche Statistik zählt 1452 Streiks mit 122 803 Beteiligten, die Gewerkschaftsstatistik 852 Streiks mit 115 711 Beteiligten.

In der amtlichen Statistik sind etwa 526 Streiks, jedoch nur 6589 Beteiligte mehr verzeichnet als in der Gewerkschaftsstatistik, das sind ein Drittel mehr Streiks, jedoch nur ein Drittel mehr Beteiligte.

Die Zahl der Streiks wird in der amtlichen Statistik immer höher, die Zahl der Beteiligten immer niedriger sein als in der Gewerkschaftsstatistik. In der amtlichen Statistik werden die Streiks nach Verwaltungsbereichen gezählt, so daß ein Streik mehrmals gezählt werden kann, der in der Gewerkschaftsstatistik nur einmal gezählt wird, weil er von derselben Organisation gefeiert und in einigen gemeinsamen Beschlüssen der in mehreren Verwaltungsbereichen wohnenden Beteiligten herbeigeführt ist.

Nach der amtlichen Statistik waren von den 1452 beobachteten Streiks 1127 = 75 Proz. Angriffsstreiks und 306 = 21 Proz. Abwehrstreiks. Nach der Gewerkschaftsstatistik waren 69 Proz. der Streiks Angriffsstreiks und 30 Proz. Abwehrstreiks.

Wie hier auch den Angaben der Unternehmer und den Angaben der „untergeordneten Polizeiorgane“ die Nähe der Streiks anders beschreibt wird, als dies letzter der Arbeiter möchte, so wird auch der Ausgang rezessiv das Resultat der Streiks von diesen beiden Seiten verschieden beurtheilt werden. Nach der amtlichen Statistik waren von den Streiks 225 = 19,2 Proz. erfolgreich, 603 = 55,2 Proz. teilweise erfolgreich und 223 = 25,6 Proz. erfolglos, während die Gewerkschaftsstatistik über 44,1 Proz. erfolglos, 25,3 Proz. teilweise erfolgreich und 25,5 Proz. erfolglose Streiks berichtet.

Die deutsche Landwirtschaft schon einmal erfahren, Anfangs der achtziger und der neunziger Jahre, obwohl es sich damals vielleicht erst im den dritten Theil der jüngsten Arbeiterschaft gehandelt habe.

Vom sozialen Kampfplatze.

In Harburg sind vom 25. bis 31. Juli, das ist die 19. Woche nach Ausbruch des Streiks, noch 103 Kolleginnen, 62 verheirathete und 15 ledige Kolleginnen ohne Arbeit gewesen. In Folge des schlechten Geschäftsganges, der in allen Unternehmen vorherrscht, gelingt es nur äußerst schwierig, anderweitig Beschäftigung zu erhalten.

In Bellinghausen hatte der Inhaber eines Brauereigeschäfts Bahnabzüge geplant. Die in dem Geschäft beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen erinnerten eine Kommission, deren Berhandlung mit Unterlassung der Bahnabzüge abgeschlossen.

Korrespondenzen.

Altona. Am 31. Juli tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Dieselbe hatte vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben des Kollegen Liebler durch einen V. über: „Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Lebenshaltung der Arbeiter“, welcher bestillt aufgenommen wurde. Kollege Schl. legte die Abrechnung vom vergangenen Quartal vor; ihm wurde Entlastung ertheilt. Darauf erstattete Kollege Schr. den Kartellbericht. Anschließend davon wurde die Abhaltung einer außerordentlichen Versammlung beschlossen. Ein Schrank zur Aufbewahrung der Verbands-Utensilien soll angebracht werden. Einer Kollegin wurden 10 Ml. bewilligt. In der Angelegenheit der Frau Sög. wurden die Bevollmächtigten zu energischem Vorgehen ermahnt.

Bautzen. Sonnabend, den 10. August, tagte im Lokal „Zur Weißbierhalle“ eine öffentliche Versammlung der Fabrik- und Gildearbeiter, welche nach hiesigen Verhältnissen gut besucht war. Kollegin Frau K. Schäfer-Dresden referierte über das Thema: „Die Organisations-Bestrebungen der arbeitenden Massen im 20. Jahrhundert.“ In vor trefflicher Weise entledigte sich die Referentin ihrer Aufgabe, so daß ihr Beitrag mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde. Kollege Klingl forderte die unorganisierten Arbeiter auf, sich der Organisation anzuschließen. Nach lebhafter Diskussion trat Schl. der Versammlung ein.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 13. August, stand in „Hoffmanns Volksgarten“, Westend, die Mitglieder-Versammlung unserer Zunftstelle statt. Genossin Frau Stadtmüller hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Wertschätzung und Auskunftung der menschlichen Arbeitskraft“. In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne der Referentin. Als Delegierte zur Bau-Konferenz in Werder wurden die Kollegen Pohl und Scheel gewählt. Kollege Pohl machte noch auf die August-Märkte à 10 Pf. aufmerksam und betonte, daß ein jedes Mitglied verpflichtet sei, eine Miete zu nehmen. Alsdann wurden noch einige innere Sachen erledigt und darauf die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Friedewalde a. O. In der Mitglieder-Versammlung, welche am 11. August im Lokale des Herrn Städke tagte, referierte Genossin Schlegel-Berlin über das Thema: „Die Entwicklung der Industrie und die Gewerkschafts-Bewegung im 19. Jahrhundert.“ Die Ausführungen waren sehr lehrreich und wurden mit Spannung bis zum Schlus verfolgt. Die Versammlung war gut besucht und lohnte den Redner durch anhaltenden Beifall. Nachdem noch unter „Korrespondenz“ aus dem „Korrespondenzblatt“ ein Artikel verlesen worden, der über die Lage der Arbeiter in Neu-Seeland und hier handelt, wurde nach Aufnahme von 37 Mitgliedern die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Freibalden. Eine von 400 Personen besetzte Geschlechtsversammlung öffentliche Gewerkschaftsversammlung tagte hier am 12. August. Kollege Greg-Hannover referierte über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Der Redner hatte sich die Aufgabe gestellt, den Ortsgruppen und Fabrikanten, die sich unserer Organisation hinzudenken in den Weg stellen, den Beweis zu erbringen, wie falsch, ungerecht, unsittlich und schließlich auch gegen den Geist der Gewerbeordnung verstörend die Befämpfung unseres Verbandes ist. Der Redner dachte als Gelungen zu betrachten, ob er aber von den hiesigen Ordnungsstücken geziemender Beachtung geründigt wird, ist eine andere Frage, wird doch Herrn Sturm der Aufspruch in den Mund gelegt: „Was Ihr ausgebaut habt, das werde ich niederschreiben“, womit er die Zersetzung unserer Organisation meint. In einer Fabrikerversammlung stellte er die Anfrage an die Arbeiterinnen und Arbeiter, ob sie sich nicht schämen, dem Verband anzugehören. Natürlich erhielt er prompt zur Antwort: „Rein, wir schämen uns nicht!“ Wie weit der Herr in seinem Elter gegen unseren Verband geht, beweist folgender Umstand. Einer seiner Arbeiter hektete sich auf; trotzdem hier jedes Kind weiß, daß dieser Arbeiter geistig schwach war und im geistig unmöglichen Augenblick die Hand an sich gesetzt hat, behauptet Herr Sturm, der Mann sei durch unsere Organisation zum Selbstmord gedrängt, und solle dies ein weiterer Ansporn für ihn sein, uns zu bekämpfen. Natürlich ist unser Verband auch nur das Werk von Helden und Agitatoren. Besiehe man solche Empfindlichkeit, wie sie Herr Sturm gegenüber der Kritik des Kollegen Hengel an den Tag legte, so würde man zum Rad laufen, das liegt uns aber fern. Nur so viel sei Herr Sturm gesagt: wir suchen keinen Konsult mit ihm, wir propagieren ihn nicht, das Gleiche möge auch er uns gegenüber thun. Er soll es nicht darauf anlegen, die Verbandsgenossen herauszufordern; schlägt er diese Mahnung in den Wind, dann kann er allenfalls erleben, daß so eine Organisation sich auch vertheidigen kann. — Am 13. August hatten sich die 3 Bevollmächtigten unserer Zunftstelle und der erste und zweite Vorsitzende und der Kassirer vor dem Amtsgericht in Halberstadt zu verantworten. Erster, weil sie an die Behörde in Friedewalde eine Anmeldung der Zunftstelle, der Mitglieder und der Renditerungen im Mitgliedsbestand nicht eingesandt hatten. Auch die Aufnahme von Arbeiterinnen stand unter Anklage. Das Gericht erklärte sich für ungültig, weil je nach der Schwere des Falles auch auf Schließung der Zunftstelle erkannt werden könnte, und was die Sache an die Staatskammer in Sagan.

Göppingen. In der am 8. August tagenden Mitglieder-Versammlung wurde das Mitglied Sophie Griger aus Göppingen nach § 7 Abs. b einstimmig ausgeschlossen, was hiermit zu kennzeichnen gebracht wird.

Hann. Am 8. August tagte im Lokale des Herrn Sieberling unsere Mitglieder-Versammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genossin Baustöcker einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Krisen“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Dann erläuterte Kollege J., die Agitation unter den Bleicherei-Arbeitern und -Arbeiterinnen nicht erlaubt zu lassen, denn es hetzten hier in verschiedenen Betrieben große Wirkstände. Dann wurde das Festkomitee für die Morgentour um 6 Uhr vermehrt und die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Hof. Eine erste Mitglieder-Versammlung hielten wir am 13. August ab. Kollege Ebert hielt einen Vortrag über: „Nutzen und Zweck der Organisation“. Der Redner verstand es, die Mitglieder für die Teilnahme an der Organisation zu begeistern. Er wies besonders darauf hin, daß die Unternehmer weit besser organisiert sind, wie die Arbeiter, trotzdem Erstere die wirtschaftlich Startern sind und als Einzelne den Arbeitern ausnutzen und unterdrücken können. Nach dem Vortrag wurde der Anschluß an das Gewerkschaftskartell beantragt und auch beschlossen. Hinsichtlich trug diese Versammlung zur Ausbreitung unseres Verbundes bei.

Ichhoe. Am 27. Juli tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Schulz legte die Abrechnung vom 2. Quartal vor. Die Kostenföhrung wurde von den Revisoren als richtig bezeichnet. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde hierauf die Charge ertheilt. Unter Punkt „Beschiedenes“ forderte der erste Bevollmächtigte die Kollegen auf, mehr des Streikfonds zu geschenken. Da der Streikfond sämtlich zur Reise geht, muß es jeder Kollege als seine Pflicht ansehen, auch eine Marke zu 25 resp. 50 Pf. zu nehmen. Auf Antrag des Kollegen Nobert, vom Hauptvorstand Sammellisten zu beziehen, wurde beschlossen, 5 derselben zu bestellen und diese namentlich den unorganisierten Arbeitern zirkulieren zu lassen. Kollege Reimers berichtete, daß das Gewerkschaftsfest, welches am 4. August stattfinden sollte, von der Polizeibehörde verboten sei. Da die übergroße Mehrzahl der hiesigen Fabrikarbeiter unorganisiert ist, wurde beschlossen, am 17. August eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung abzuhalten, in welcher ein auswärter Referent über die Lage der Arbeiter und Freiheit und Nutzen der Organisation referieren soll. Bei unserer zuletzt vorgenommenen Haussagitation haben wir 48 neue Mitglieder gewonnen.

Niels. In der am 23. Juli tagenden Mitgliederversammlung wurde vom zweiten Bevollmächtigten die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen. Leider ist ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen und zwar von 113 auf 88. Nach der Abrechnung hielt Herr Mühl einen Vortrag über die Invalidenversicherung. Nachdem Redner die verschiedenen Beitragssklassen zu dieser Versicherung auseinandergelegt und erklärt hatte, wie die Rentenfälle im Verhältnis stehen zu den ortsüblichen Löhnen, legte er den Zuhörern noch besonders ans Herz, bei etwaiger Anspruchnahme der Versicherung zur Erlangung der Renten den rechten Weg zu beschreiten und die gesetzlichen Fristen genau einzuhalten. Die Versammlung zollte dem Redner Beifall. Unter „Beschiedenes“ wurde das Verhalten der hiesigen Stadtverwaltung kritisiert, weil selige still zufieht, wie bei den sehr erheblichen Erd- und Kanalisierungsarbeiten, welche von hiesigen Unternehmern ausgeführt werden, größtentheils ausländische Arbeiter (Italiener) beschäftigt werden, während die heimischen Arbeiter, welche zu jeglichen Abgaben herangezogen werden, und sonst bei dieser Arbeit ihren Lebensunterhalt fanden, jetzt in Masse beschäftigunglos sind. Leichtere haben aber diese Qualität meistens selbst verschuldet, denn trotzdem schon auf dem Wege der Agitation versucht worden ist, sie zum Anschluß an eine Organisation zu bewegen, so ist bei ihnen noch kein Erfolg zu verzeichnen, und man begegnet gerade unter diesen Leuten dem größten Indifferenzismus. Dann wurde noch beschlossen, in der nächsten Mitgliederversammlung die Feier des diesjährigen Stiftungsfestes in die Wege zu leiten.

Langenfelde. Im Votum des Herrn Bispig in Stellingen tagte am 7. August unsere Mitglieder-Versammlung. Die vorliegende Abrechnung wurde von den Revisoren anerkannt. Die Mitgliederzahl ist auf 223 angewachsen; die Zahl der weiblichen Kolleginnen beträgt 62. Der Kollege Voß konstatierte in besonderer Weise, daß noch eine Anzahl Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand seien und forderte die Hilfsklassen auf, von den Säumnigen energisch die Zahlung zu verlangen, im Falle der Zahlungsverweigerung sind die lauen Begleiter auf die statutarischen Folgen aufmerksam zu machen. Der Hilfsklassenleiter von Schmiede wurde, weil er sich gegen den § 7 des Statuts verstanden hat, ausgeschlossen. Hierauf gelangte ein Antrag des Kollegen Niermann zur Annahme. Nach demselben sind die reizenden Mitglieder noch einmal zu mahnen, falls sie aber dann bis zur nächsten Versammlung nicht bezahlt haben, werden ihre Namen verlesen und ihr Anschluß verweigert. Über den Stand der Bewegung der Bleichereiter gab Kollege Voß Bericht. Er führte aus, daß die Bewegung den Bleichern unbedeutend werde. Da verschiedene der letzteren wegen Nichtbehaltung der gesetzlichen Auflagen bestraft wurden sind, so will man jetzt eine Petitionsbewegung wieder aufzuführen, der Beschränkungen in die Wege leiten. — Das Stiftungsfest wird am 14. September gefeiert.

Neumünster. In einer am 14. August tagenden Versammlung sprach Genoss Wehrens über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe.“ Der Redner verbreitete sich über die Lage der Arbeiter. Der Einfluß sei gering und die Gelegenheit zur Arbeit groß, die Unzufriedenheit der Fürtzeng groß, da gezierte es sich, daß die Arbeitnehmer einen Gedanken Raum geben und nicht ihre Zeit in Vergnügungsvereinen verzetteln. Jeder Arbeiter müsse sich gewisheitlich organisieren, und besonders die ungelieerten Arbeiter müssen sich unserem Verbande anschließen. — Es wurde der Eintritt laut, mehrere solcher lehrreiche Vorträge zu veranstalten. Zum Schlus wurden Wahlen vorgenommen. Pausitzendorf. Sonntag, den 28. Juli, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale des Herren Lehr. Genoss Götz hielt einen lehrreichen und frifft aufgenommenen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage und deren Einfluß auf die Arbeiter.“ Ferner wurde angeregt, mindestens einer Bürgerversammlung für die Aufzettung des Vorandes zu eignen.

Borsigappel. Sonnabend, den 27. Juli, tagte im „Deutschen Saal“ eine öffentliche Versammlung. Der Partebericht wurde kurz erledigt. Die Röfe war von den Revisoren richtig beurteilt worden, weshalb dem 2. Bevollmächtigten Entlastung ertheilt wurde. Dann enthielt der Vorlesende Frau Dr. Röhler das Wort. In reizlich eindrücklicher Weise erläuterte sie mit zu Rechten gehenden Worten ihr Thema: „Die Organisationsarbeit des Arbeiters im 20. Jahrhundert.“ Da Frau Röhler in ihrem Reden auch den Generalsekretär der Glasarbeiter mit erwähnte, gab es sofort eine lebhafte Debatte, die ihren Grund darin hatte, daß die Rednerin darüber sprach, daß der Generalsekretär für alle Arbeiter, unsere Organisationen zu präparieren. Borsigappel ist es möglich, einc jeden Arbeiters, eine Partei aufzurichten, das ist für uns die Sache der Organisation. Wenn jedoch, um diesem die Glasarbeiter unterlegen zu sein, um einen Ball zu füllen, dann keine Unterscheidung zwischen im Stande ist zu schaffen! — Bei „Gesellschaftsfragen“ teilte der Zeitleiter des Gewerkschaftsvereins ein, daß am 1. September eine Partei zur Zeichen vom Gewerkschaftsverein annehmen würde, wozu sich die Kollegen Borsigappel folgen. Dann wurde noch besprochen, den 10. September für ihre Wahl zu gewünschen. Gestattet wurde der Vorsitz einer kleinen Delegation nicht ganz freie, der Vorsitzende. Ferner wurde die Interessante Verhandlung eröffnet, daß neue Zusammensetzung vorgenommen werden.

Borsig. Sonntag, den 11. August, tagte eine gut besetzte Delegationsversammlung. Herr Weißer Sommer war dabei und hielt einen Vortrag über: „Die Lage von gebunden und freien Arbeitern.“ Der letztere Vortrag wurde leider nicht von den Gruppen gelesen, was auf die unzureichende Kenntnis mit auf die Arbeitshilfe, aber in der Pflege und Erziehung mancher Kinder durch Betriebsleiterin und die Spezialmauer der Arbeitserziehung in dem Rahmen der die Fortbildung der Arbeitserziehung ist, dafür sprach er erstaunlich, denn ja fürgt die Arbeitserziehung, um so mehr können die Arbeitserzieher für den Kindern dienen.

Gezeichnete Redaktion: August Steg, Hannover. Beitrag von L. Löhrberg, Hannover. Stud von Dörnle & Löhr, Hannover.

Rigdorf. Am 28. Juli tagte eine außerordentliche Versammlung. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 443,68 Mark. Davon sind für Streikfonds, Eintritt und Beiträge 295,61 Mr. an die Verbandsfasse gesandt worden. Der Kassenbericht wurde für richtig befunden. Zu der am 15. September tagenden Konferenz wurden die Kollegen Bannenwitz - Brenzau und Buhahn gewählt. Als Stellvertreter wurden die Kollegen Weihe und Winkelau in Aussicht genommen. Die Versammlung wählte alsdann eine aus neuen Kollegen bestehende Konsolidierung. Dann wurden altheralms die Verhältnisse der hiesigen Speisefabrik von C. G. Müller erörtert. Leider konnten diesem Etablissement, dessen Erzeugnisse doch hauptsächlich von den Arbeitern konsumiert werden, immer noch keine Beziehungen gesungen werden. Vielmehr bestehen immer noch Verhältnisse, die Unrat zu klagen geben. Es ginge sehr wohl an, daß die Fabrikleitung die verlagerten Zustände beseitigte, damit die Verbandsleitung des Ortes, oder in letzter Linie der Gesamtverband, keine Veranlassung hat, sich in weiter gehender Weise mit dem Betrieb zu beschäftigen. Vorläufig ist von weiteren Schritten Abstand genommen.

Töphin. Am Freitag, den 9. August, fand hier eine Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Funk-Wecelin referierte über das Thema: „Was will der Verband?“ Nach dem heftig ausgetragenen Vortrag wurde über das ferne Schicksal der Zahlstelle verhandelt. Kollege Funk schlug vor, die Zahlstelle Töphin an Gallinchen-Wochen anzugehören, da es nicht möglich ist, die nötigen sechs Mann aufzutreiben, welche zur Ortsverwaltung notwendig sind, und da außerdem beide Zahlstellen ineinander greifen, so daß Mitglieder der einen am Orte der andern wohnen u. s. w. Nachdem einige Kollegen sich aussprechend geäußert hatten, wurde dieser Vortrag einstimmig angenommen. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Kollege Hesse-Gallinchen, zum 2. Bevollmächtigten Kollege Schubert - Töphin gewählt. Zum 3. Bevollmächtigten und zu Revisoren wurden die Kollegen, welche dieses Amt in der Zahlstelle Gallinchen-Mögen inne haben, bestätigt. Sobald wurde beschlossen, für jedes Dorf, in welchem mehrere Mitglieder wohnen, Hilfsklassen zu wählen. Diese haben die Beiträge alle 14 Tage einzuzahlen und die Zeitung auszutragen. Nachdem noch die erbärmlichen Zustände der Ortskassenfasse beleuchtet wurden, wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Ulm. Sonntag, den 28. Juli, Nachmittags 3 Uhr, tagte im Gasthaus „Zur Krone“ unsere Mitgliederversammlung. Ein Vortrag über die Hemmnisse der Organisation fand großen Beifall. Dann wurde beschlossen, alle Mitgliederversammlungen im Gasthaus „Zur Krone“ abzuhalten.

Waldingen. Am 29. Juni wurde die Gründung der hiesigen Zahlstelle auszögern und ließen sich 23 Kollegen aufnehmen. Weitere Neuaunahmen konnten wir am 13. Juli verzeichnen. In dieser Versammlung wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht und in der Versammlung, die am 10. August tagte, wurden die hiesigen Verhältnisse einer Kritik unterzogen. Dabei stellte es sich heraus, daß wir noch viel und schwere Agitationsarbeit zu vollbringen haben.

Bechau. Am 4. August hielt unsere Zahlstelle eine Mitglieder-Versammlung ab. Diese war ziemlich gut besucht und hatte die Wahl eines Hilfsklassenleiters vorzunehmen. Dann sprachen die Kollegen Gerth und Böse über: „Die gegenwärtige industrielle Krise und deren Folgen für die Arbeiter.“

Quittung.
Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptfasse gingen seit dem 7. August folgende Beiträge ein:

Strelitz 46,70, Schöningen 18,50, Hildesheim 36,33, Bürgel 84,10, Züllichau 70,85, Schwarmstedt 181,50, Nienburg a. W. 100, Hameln 81,01, Holzminden 71,25, Sehnde 45,40, Billwerder 24,60, Wütersleben 20, Delmenhorst 25, Buxtehude 18,60, Pommersdorf 181,82, Lünen 9,45, Hannover 85,90, Bissig u. Radlau 3,75, Eßlingen 33,40, Bremberg 34,39, Alsfeld 31,35, Bitterfeld 70,25, Erdenheim 34,50, Hechthausen 4,10, Gilde 189,70, Calbe a. S. 303,85, Lüderdorf 225,12, Stettin 377,67, Al.-Großenburg 50,85, Lübeck 10, Hatzgerode 1,70, Langenberg 32, Eppendorf 27,55, Barel i. O. 27,60, Thiede 66,55, Brandenburg 183,90, Altenplast 5,30, Belsen 103,60, Werder a. H. 230,74, Berlin 8,75, Altona-Ottensen 2,15, Freienwalde 100, Bobertshänsdorf 6,59, Dissen 413,55, Cannstatt 169,03, Broichem 53,96, Hannover 3, Friedberg i. H. 38,73, Schwabach 55,10, Ziegenhain 6, B. Kleinmachnow 78,40, A. Lohrberg 10, Töphin 10, Günzen 189,05 Mr.

Schluss Dienstag, den 20. August, Mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher
Buch Nr. 15954, auf den Namen R. Böse aus Giersbach lautend, ausgeholt am 18. Mai 1901 zu Frankenthal.

Konferenz des Gaues 3 (Provinz Sachsen).

Am Sonntag, den 18. Oktober 1901, Vorm. 11 Uhr, findet unsere diesjährige

Gau-Konferenz

in Magdeburg "Lokale zur Bürgerhalle" (Inhaber: Albert Dater), Montagnachmittags 27-28. Jahr.

Zusageordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.

2. Bericht der Delegirten.

3. Beratung der eingegangenen Anträge.

4. Kürzere Agitation.

5. Wahl des Ortes, wo der Gauvorstand seinen Sitz hat.

6. Wahl des Ortes, wo die nächste Konferenz stattfindet.

Wir erachten die einzelnen Zahlstellen, sofort Stellung zur Konferenz zu nehmen. Die Namen und die Wohnungen der gewählten Delegirten, sowie Anträge, welche mit auf die Tagessitzung gelegt werden sollen, sind bis zum 5. Oktober an den

Unterzeichneter einzureichen.

Paul Matthes,
Magdeburg-Reusdorf, Städtebaulehrer Nr. 92.

An die Zahlstellen des Gaues 13 (Württemberg).

Sonntag, den 13. Oktober 1901, Vormittags präzise 10 Uhr, findet unsere diesjährige

Gaukonferenz

in Heilbronn im Gasthaus „Zur Stadt Frankfurt“, Frankfurterstraße, statt.

Zusageordnung:

1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes.

2. Rücksicht.

3. Situationsberichte der Delegirten.

4. Agitation und Organisation.

5. Wahl des Ortes für den Sitz des Gauvorstandes.

6. Bestimmung des Ortes und der Zeit für die nächste Konferenz.

Die Zahlstellen werden erachtet, nach etwaige Anträge, so weit diesbezüglich eingereicht sind, so bald als möglich an den Unterzeichneter einzufinden. Es sollte möglichst jede Zahlstelle darunter treten.

3. A. des Gauvorstandes:

Geobard Börner, Frankfort, Haftr. 21 I.

Neue Adressen und Adressenänderungen

Altenburg. Das Reisegeschenk wird ausbezahlt bei Mag. Sebastian, Eisenstr. 38, Hinterh. II, Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr. Die Beteiligung für den erkrankten Gauvorsitzenden hat Kollege Eiler, Neue Sorge 12, übernommen. Die Geschäfte eines erkrankten Bevollmächtigten erlebt Max Sebastian, Eisenstr. 38, Hinterh. II.

Ammendorf bei Halle (Saale). Karl Schärtig, Burg-Dresden. A. Karl Schärtig, Wehrstraße 40 II.

Düsseldorf. Waldo Wingscheid, Kurfürst. 86.

Gelnhausen. Hermann Pfarr, Skoben, Gaschhof „Zur guten Quelle“.

Geinsitz in Anhalt. Friedrich Engener, Helfstr. 12, p. L.

Kaiserslautern. Peter Horn, Karlsruherstr. 95 a. Das Reisegeschenk wird beim 2. Bevollmächtigten Wilh. Rebling, Glodenstraße 23, ausbezahlt.

Kelheim. Reisegeschenk zahlt Abends 7 Uhr Michael Ritter, Oberkelheim 236.

Regensburg. Mag. Kleimoer, Ostengasse 11 76.

Gr. Salze. (Gau 3.) Wilhelm Richter, Brunnenstr. 14.

Briefkasten.

Strelitz und Andere. Derartige Anforderungen zum Versammlungsbesuch und Klagen über schlechten Versammlungsbesuch können wir nicht veröffentlichen; sie erfüllen auch, ja sogar agitatorischen Zweck. Solche Klagen sollte man unterlassen, dafür aber richtig Haussagitation betreiben. Das dazu erforderliche Material - Deckblatt und Flugblatt für Arbeitertinnen - wird unentgeltlich und portofrei von uns geliefert.

Sterbetafel.

11762. G. Uebeler, geb. am 28. Juni 1845, eingetragen am 5. August 1894 in Altona, gestorben am 6. Juli in Altona.

Zahlstelle Altenburg.

Unserm treuen Kollegen Franz Neichenbach zu seiner am 15. August stattgehabten [0,90 Mr.]

Silberhochzeit

die besten Glückwünsche. 3. V. : Der Bevollmächtigte.

Braunschweig.

Wer den Aufenthalt von den Kollegen Heinrich Mühl, Buchstr. S II 4145, und Mathies, Buchstr. S II 78 253, beide eingetreten in Braunschweig, weiß, den erkennt wir dringend um Mitteilung der Adressen. Die Benannten haben Sammelslisten empfangen und bis jetzt noch nicht abgeliefert.

Die Ortsverwaltung.

1,35 Mr.] B. Gelpke, Kreisstr. 109.

Das Komitee.

Zahlstelle Hamburg - St. Georg.

Am Sonnabend, den 7. September 1901, findet unser diesjähriges Stiftungsfest in Speichel's Club und Ballhaus, Gründerdeich 167, statt, bestehend in Feste (gehalten von Luisa Biehle), Gesangs- und humoristischen Vorträgen, unter gefälliger Mitwirkung der drei betühnten Gesangs- und Charakter-Komödien und Salondumouchen, genannt das „Selschuhvolks-Trio“, Samia einer Bundes-Bürodebatte, Preisspielen für Damen und Herren, sowie sonstigen Belustigungen. [1,95 Mr.] Das Komitee.

Zahlstelle Hamm.

Den Gebüldern O. und M. Bentien zu ihren am 19. August stattgefunden Hochzeitsfeiern die her